

Umweltsoziologie

Joseph Huber

Erschienen in : in: Endruweit, Günter / Trommsdorff, Gisela (Hg), Wörterbuch der Soziologie, 2. völlig neubearbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart: Lucius & Lucius, 641–645.

1. Umwelt und Umweltsoziologie

U. befasst sich mit dem Verhältnis von Mensch und Gesellschaft zu ihrer Naturumwelt. Dieses Verhältnis besteht zum einen durch gesellschaftliche *Kommunikation* über Umweltbezüge, zum anderen in der gesellschaftlichen *Organisation* des Umwelthandelns.

Der Begriff der **Umwelt** besitzt in der U. eine konkrete ökologische Bedeutung. Er unterscheidet sich insoweit vom unspezifischen Umweltbegriff einer abstrakten *Systemtheorie* sowie der Wahrnehmungs- und Verhaltenspsychologie. Im Sprachgebrauch der Umweltwissenschaften bezieht sich Umwelt auf die Geo- und Biosphäre (nicht Psycho- und Noosphäre) und darin im Genaueren auf den Lebensraum des Menschen (Anthroposphäre) einschließlich der Ressourcen und Senken, die sich der Mensch darin verfügbar macht. Ressourcen sind Naturstoffe in ihrer Funktion als Input in Produktions- und Konsumprozesse. Senken sind die Umweltmedien Atmosphäre, Böden (Lithosphäre), Gewässer und Ozeane (Hydrosphäre) sowie Organismen und Produkte in ihrer Funktion der Aufnahme anthropogener Emissionen.

Ökologie untersucht den Stoffwechsel zwischen Populationen und ihrer Umwelt. Der Stoffwechsel der modernen *Industriegesellschaft* (auch als Dienstleistungs-, Wissens- oder Technologiegesellschaft) in ihrer Umwelt heißt **industrieller Metabolismus**. Dessen ökosystemische Gegebenheiten heißen **industrielle Ökologie**. Umweltprobleme stellen Störungen des industriellen Metabolismus dar und bedeuten eine Gefährdung der industriellen Ökologie. Typische Umweltprobleme sind erstens Veränderungen der geo- und biosphärischen Lebensbedingungen (z.B. Klimawandel), zweitens Verschleiß und Verknappung von Ressourcen und Senken (Umweltzerstörung), drittens Unfall-, Vergiftungs- und Infektionsgefahren einer nicht optimal naturkreislauf-integrierten industriellen Ökologie.

U. kann in einem weiteren oder engeren Sinne verstanden werden. Das weitere Verständnis bedeutet umfassende sozialwissenschaftliche Umweltforschung. Diese grenzt sich ab zur natur- und technikwissen-

schaftlichen Umweltforschung und beinhaltet die Untersuchung sämtlicher gesellschaftlicher Funktionssysteme und Lebensaspekte soweit diese ökologische Relevanz besitzen. Im engeren Verständnis von U. bleiben Fragen von Regierung, Management, Recht, Wirtschaft und Technik eher ausgeklammert, da sie als Sache der Politikwissenschaft, Jurisprudenz, Ökonomik, des Ingenieurwesens u.a. angesehen werden. Es kommt zu einer Begrenzung des Blickfeldes auf Fragen des Umweltbewusstseins, Umweltdiskurses und alltäglichen Umweltverhaltens (obwohl man auch hier sagen könnte, diese seien Sache der Philosophie, Psychologie, Pädagogik, Medienwissenschaft u.a.).

Die Soziologie hat sich in diesem Spagat bis in die 1990er Jahre schwer getan, ein eigenes u.sches Forschungsprofil zu finden. In jedem Fall bleibt U. auch in disziplinärer Ausprägung stets ein *interdisziplinäres* Unterfangen. Die wichtigsten Gegenstandsbereiche der Umweltsoziologie in einem weiteren Verständnis sind:

- Umweltbewusstsein und Umweltethik
- Umweltbewegung und Umweltpolitik
- der ökologische Diskurs
- das Umwelthandeln von Gesetzgebung, Regierung und Behörden
- das Umwelthandeln von Unternehmen (ökologische Unternehmensführung und betriebliches Umweltmanagement)
- das Umwelthandeln der privaten Haushalte (umweltorientiertes Verbraucherverhalten im Zusammenhang mit unterschiedlichen Lebensstilen und gesellschaftlichen Milieus)
- nicht zuletzt alle diese Aspekte auf der Ebene des Weltsystems im Kontext der globalen Entwicklungs- und Umweltpolitik, in deren Mittelpunkt weiterhin die Nord-Süd-Problematik steht.

2. Umweltbewusstsein

Im Zuge des Aufschwungs der Umweltbewegung hat sich seit den 1970er Jahren ein **Umweltbewusstsein** in der Bevölkerung der Industrieländer zunehmend verbreitet. Auch in den Entwicklungsländern hat dies mit 10–15 Jahren Verzögerung in gewissem Umfang stattgefunden. Nach einer klassischen Definition des deutschen Rates von Sachverständigen für Umweltfragen bedeutet Umweltbewusstsein Einsicht in die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen durch den Menschen, verbunden mit der Bereitschaft, Abhilfe zu schaffen.

Umweltbewusstsein in diesem Sinne bildet heute einen festen Bestandteil im kulturellen und politischen Grundkonsens der weiter entwickelten Nationen. Zugleich hat eine gesellschaftliche Assimilierung der Umweltbewegung und ihrer Anliegen stattgefunden. Umwelt- und

Naturschutz ist heute in allen Bereichen der Gesellschaft fest institutionalisiert und professionalisiert – in Wissenschaft und Forschung, Bildung, Massenmedien, Parteien und Verbänden, Regierung und Behörden, produzierenden Betrieben und anderen Einrichtungen.

Die Institutionalisierung und Professionalisierung des Umweltschutzes hat teilweise zu beachtlichen Erfolgen geführt, insb. bei der Luft- und Gewässerreinigung, dem Abfall- und Stoffkreislauf-Management sowie der Ausschleusung von Schwermetallen und einer Reihe anderer Giftstoffe. Andererseits bestehen gravierende Umweltprobleme fort, darunter der anthropogene Anteil an der Klimaproblematik infolge der Nutzung fossiler Energie, die Abholzung der Regenwälder, Verluste an Biodiversität (Artenschwund) und die Anreicherung von Schad- und Giftstoffen in Umweltmedien und Organismen.

Die Bevölkerung hat sich Umweltbewusstsein nicht in der ursprünglichen anti-industriellen, modernisierungskritischen, idealistischen oder neuromantischen Ausprägung der Protestbewegungen zu Eigen gemacht. Vielmehr wurde das Umweltbewusstsein an die vorherrschenden Formen der Weltanschauung und Wertorientierungen assimiliert. Das Spektrum der Einstellungen zur Umwelt bewegt sich in einem bipolaren semantischen Feld, das der Soziologie durch die *Wertwandel*-forschung bekannt ist: materialistisch-utilitaristische versus „postmaterialistisch“-idealistische Einstellungen.

In diesem Sinne unterscheidet man heute Formen einer anthropozentrischen versus biozentrischen **Umweltethik**. Anthropozentrische Umweltethik hält an dem kartesischen Programm fest, den Menschen zum „*maître et possesseur de la nature*“ zu machen, anerkennt jedoch in einem Nutzenkalkül aufgeklärten Eigeninteresses, dass die Umwelt, in der und von der man lebt, als Lebensgrundlage erhalten bleiben muss. Demgegenüber betrachten biozentrische Umweltethiken die Natur als Schöpfung in eigenem Recht, in die der Mensch sich behutsam einfügen muss.

Die große Mehrheit vertritt beide Arten von Umwelteinstellungen in verantwortungsethisch gemäßiger Weise, wobei insgesamt eine Tendenz zu anthropozentrisch-utilitaristischen Haltungen überwiegt, speziell in konservativen, leistungsorientierten und hedonistischen Milieus, prototypisch bei Berufsgruppen mit naturwissenschaftlichen, technischen und kaufmännischen Tätigkeiten.

3. Ökologische Diskurse

Alle Aktivitäten im Umweltschutz stehen im formativen Kontext von ökologischen Diskursen. Durch diese werden Umweltprobleme und das Umwelthandeln thematisiert, reflektiert und vorstrukturiert. Wie jede *Kommunikation* verläuft auch der ökologische Diskurs in Themenzyklen mit verschiedenen Strängen und Phasen:

Der *Wachstumsdiskurs* prägte den Zeitraum von Anfang der 1970er bis 80er Jahre. Über die Leugnung von „Grenzen des Wachstums“ und das noch undurchdachte Postulat von „Nullwachstum“ oder gar „Schrumpfung“ hinaus wurden erste weitergehende Konzepte entwickelt wie das organische, selektive, entkoppelte und qualitative Wachstum.

Gegen Mitte der 80er Jahre setzte der *Modernisierungsdiskurs* ein. Man unterschied nachgeschaltete Maßnahmen (wie Filter, Kläranlagen, Abgaskatalysatoren) von integrierten Umweltproblemlösungen (wie saubere Technologien, schadlos nutzbare Materialien, effizientere Materialnutzungen). Integrierte Problemlösungen entschärfen den Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie. Die integrierte technologische Modernisierung erfordert voraus- und einhergehend Modernisierungen in anderen Funktionsbereichen, besonders der rechtlichen und finanziellen Instrumente zur Steuerung des industriellen Metabolismus sowie eine Reihe politischer und kultureller Modernisierungen betreffend Regierungs- und Managementmethoden, Politikstil, Diskursverhalten, Bewusstseinsentfaltung und Lebensweise.

Von 1986 bis Anfang der 90er Jahre stand der *Risikodiskurs* im Vordergrund. Er drehte sich besonders um die großtechnischen Risiken von Autoverkehr, Atomtechnik, Chemie, Gentechnik und Landwirtschaft. Die Frage, wie weit bestimmte Unwägbarkeiten unter welchen Nutzenkriterien noch akzeptabel oder nicht mehr akzeptabel erscheinen, erlangt mit neuen Themenzyklen jeweils neue Aktualität (gentechnisches Klonen, Novel food, BSE...).

Seit der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio ist der *Nachhaltigkeitsdiskurs* prägend geworden. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung beinhaltet erstens weitere industrielle Entwicklung und verlangt zweitens, diese in Einklang zu bringen mit den Erfordernissen einer dauerhaften Tragfähigkeit der Ökosysteme sowie drittens mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen bzw. der Nutznießung von Ressourcen und Senken.

Der Nachhaltigkeitsdiskurs hat seinerseits drei Teilstränge ausgebildet in der Frage, *wie* Nachhaltigkeit zu erreichen sei: Der *Suffizienz-Diskurs* knüpft an die „Grenzen des Wachstums“ an und verlangt Konsumverzicht, Produktions- und Verkehrsbeschränkungen, Entschleunigung und Rückzug aus der Weltwirtschaft in kleinere regionale Bezüge. Der *Ökoeffizienz-Diskurs* knüpft an das Konzept des entkoppelten Wachstums und einzelne Aspekte des Modernisierungsdiskurses an. Angestrebt wird eine Minderung des Ressourcen- und Senkenverbrauchs durch Produktivitätssteigerungen beim Stoffeinsatz, dem Recycling und der Auslastung von Kapazitäten. Demgegenüber setzt der Diskurs der *ökologischen Konsistenz* oder *metabolischen Konsistenz* auf Innovationen im Sinne des Modernisierungsdiskurses, insbesondere kohlenstoff-freie Energie (z.B. Solar-Wasserstoff), saubere Verfahren (z.B. Brennstoffzellen), neue Materialien, sichere Produkte sowie Stoffstrommanagement im Sinn einer naturkreislauf-integrierten industriellen Ökologie. Dieser Strang findet aktuell fortgesetzte Verbreitung in Gestalt des neu etablierten Diskurses über *Umweltinnovationen*.

4. Staatliches Umwelthandeln

Das staatliche Umwelthandeln folgt bestimmten **Regulierungsmustern**. Darunter versteht man das Ineinandergreifen der drei Komponenten der *Akteurskonstellation*, der *Maßnahmenselektion* (Instrumentenwahl) und des *Politikstils* bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen.

Das *Regulierungsmuster der bürokratischen Kontrolle*, vorherrschend bis Anfang der 90er Jahre, entstand aufgrund einer konfrontativen Akteurskonstellation zwischen Umweltbewegung und Industrie. Die Umweltbewegung, munitioniert mit Befunden der Umweltforschung und potenziert durch das Gewicht der öffentlichen Meinung, übte auf die Regierung Druck aus, Maßnahmen gegen die industrielle Umweltverschmutzung zu ergreifen, wogegen die Industrie sich vehement wehrte. Die damit einhergehende Polarisierung in der Gesellschaft konnte nicht anders gehandhabt werden als durch direkte Intervention übergeordneter Regierungsinstanzen mittels ordnungs- und planungsrechtlicher Maßnahmen. Es soll in Deutschland heute auf allen Gebiets- und Verwaltungsebenen über 800 umweltrelevante Gesetze geben, 2.770 Umweltverordnungen und rund 4.690 umweltbezogene Verwaltungsvorschriften. Darüber hinaus existieren über 150 Umweltstandard-Listen, deren jede wiederum eine Vielzahl von Einzelstandards enthält. Hierbei wird die nationale Gesetzgebung zuneh-

مند von EU-Recht überlagert. Die EU räumt dem Umweltschutz einen relativ hohen Stellenwert ein.

Die zweite Phase einer Umweltpolitik nach dem *Regulierungsmuster der Koordination und Kontextsteuerung* seit den 90er Jahren beruht auf einer kooperativer gewordenen Akteurskonstellation dadurch, dass das Umwelthanliegen quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Lager Aufnahme gefunden hat, dass insbesondere die Industrie nun ökologischen Notwendigkeiten aktiv Rechnung trägt und die umweltengagierte Öffentlichkeit ihrerseits auch wirtschaftliche Erfordernisse anerkennt. Konzerne und Umwelt- und Naturschutzverbände arbeiten in Sachfragen heute vielfach zusammen. Dadurch ist ein anderes Profil der Rechtsinstrumente möglich geworden, das indirekte Steuerungsmaßnahmen bevorzugt, z. B. Haftungsrecht und fiskalische Instrumente wie Umweltabgaben („Ökosteuern“) und Subventionen. Diese Ansätze sollen zivilrechtlichen und marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen näher führen, um ein eigenständiges Umwelthandeln von Unternehmen und Haushalten zu fördern. Damit kommt ein partizipativer Politikstil zum Tragen, der offene Verhandlungsverfahren mit einschließt (z.B. Mediation, ausgehandelte Selbstverpflichtungen, zivilrechtliche Kooperationsverträge).

Beide Regulierungsmuster ergänzen einander in ihren Vor- und Nachteilen. Auf Genehmigungs- und Kontrollverfahren kann nicht generell verzichtet werden. Von größter Bedeutung ist die rechtseinheitliche Vorgabe von Umweltstandards. Direkte Intervention besitzt den Vorteil, schnell zu Ergebnissen zu führen. Jedoch erweist sich das Schnellere häufig als Feind des Besseren, insofern nachgeschalteter anstelle von integriertem Umweltschutz praktiziert wird und mangelnde Effizienz, Vollzugsdefizite und Innovationsschwäche bestehen. Demgegenüber liegen eben in effizienten und effektiven Umweltinnovationen die Stärken des koordinativen kontextsteuernden Regulierungsmusters. Dessen Nachteil liegt eventuell darin, dass aufgrund von Forschungs- und Entwicklungsvorläufen Erfolge erst längerfristig eintreten, und dies nur, solange unter den Eliten und in der Breite der Gesellschaft das erforderliche kooperative Klima herrscht. Treten stattdessen starke Interessenkonfrontationen in den Vordergrund, wird eine Regulierung durch bürokratische Kontrolle zum Rückfallnetz für schwierigere Zeiten.

5. Gesellschaftliches Umwelthandeln

Neben der *ökologischen Unternehmensführung* und dem *Umweltmanagement* in der Produktion haben zuletzt auch Formen des **umwelt-**

orientierten Verbraucherverhaltens Beachtung gefunden. Als umweltbewusst werden Verbraucher in Umfragen eingestuft, wenn sie beim Einkauf auf Umweltaspekte und Öko-Labels wie den Blauen Engel achten, sie sich gelegentlich für Bio-Lebensmittel entscheiden, sie Raumwärme dosieren, sie bereit sind, für umweltfreundliche Produkte etwas mehr Geld auszugeben u.a. Gemessen an solchen Kriterien besteht heute ein umweltbewusstes Verbraucherpotenzial von 60%, davon 35% zum Kern gehörend. 25% sind dem zugrunde gelegten Verständnis zufolge nicht umweltorientiert. Jedoch gehören davon 10–20% zur Gruppe jener Verbraucher, die wegen geringen Einkommens sparsam sein müssen – wodurch sie faktisch weniger Umweltverbrauch verursachen, auch wenn sie nicht sonderlich umweltbewusst sein mögen.

Die Motive derer, die umweltbewusst konsumieren, liegen in erster Linie in einem gestiegenen Gesundheits-, Qualitäts- und Stilbewusstsein. Die wichtigsten Motive beim Kauf von Ökoprodukten sind die eigene Gesundheit und der Anspruch auf hohe Produktqualität. Überhaupt wird Umweltschutz meist mit der eigenen *Lebensqualität* und dem Erlebniswert der Natur begründet. Auch darin kommt das anthropozentrisch-utilitaristische Umweltbewusstsein zum Ausdruck.

Produkt-Ökobilanzen und betriebliche Öko-Audits haben zu der Erkenntnis geführt, dass bereits 60–80% der Umweltwirkungen einer Produktlinie durch ihre Konzeption in Forschung und Entwicklung bleibend festgelegt werden. In der Produktion lassen sich etwa weitere 20–30% der Umweltwirkungen kontrollieren, im Endverbrauch noch etwa 10–20%. Von daher relativiert sich die Frage, ob es eine Kluft zwischen Umweltbewusstsein und Verbraucherverhalten gebe. Als bedeutender erweisen sich Umweltinnovationen durch das Zusammenspiel von Forschern, Entwicklern, Produzenten, Investoren und Regulateuren. Gleichwohl bleibt den Verbrauchern die wichtige Steuerungsfunktion der selektiven *Akzeptanz* von Angeboten durch kaufkräftige Endnachfrage (Abstimmung an der Ladenkasse).

6. Ausblick

Schwerpunkte des Umwelthandelns werden künftig, über eine Konsolidierung des Erreichten hinaus, im Wesentlichen in zweierlei liegen: zum einen in Umweltinnovationen von Seiten der Technologenationen, wobei es vor allem darum geht, die Energiebasis zu dekarbonisieren, Stoffnutzungen und Produkte inhärent sicher zu machen, d.h. von ihnen ausgehende Unfall-, Vergiftungs- und Infektionsgefahren zu

minimieren, und eine umweltgerechte Nutzung der Gentechnik vor allem in Chemie und Landwirtschaft zu erwirken.

Zum anderen werden internationale Umweltregime im Rahmen einer koordinierten **Weltumweltpolitik** noch größere Bedeutung erlangen, etwa eine wirksame Klimakonvention oder ein Regenwald- und Biodiversitätsabkommen. Der Umweltverbrauch in den neuindustriellen Weltregionen (darunter Mexiko, Brasilien, Küstenschina, Teile Indiens und der ASEAN-Staaten) steht gegenwärtig im Begriff, den der altindustriellen Weltregionen einzuholen und aufgrund der großen Bevölkerungszahlen voraussichtlich bald zu überschreiten. Die betreffenden Weltregionen sind längst nicht mehr durchweg arm und unterentwickelt, sodass Umweltschutzbeiträge nicht länger ausbleiben dürfen. Eine naturkreislauf-integrierte industrielle Ökologie wird sicherlich lokal umgesetzt, verlangt aber organisatorisch, alle bedeutenden Massenverbraucher und Massenemittenten der Erde in globale Umweltregime einzubinden. Ohne wegweisende Vorleistungen der Technologienationen wird dies allerdings kaum zu erreichen sein. Eine andere Vorbedingung liegt in der Bereinigung des gestörten Verhältnisses zwischen der UNO als einer Global Governance-Einrichtung und den USA als der globalen Hegemonialmacht.

Literatur: Diekmann, Andreas /Preisendörfer, Peter: Umweltsoziologie, Reinbek 2001. – Diekmann, Andreas /Jaeger, Carlo (Hg): Umweltsoziologie, Sonderheft 36 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1996. – Huber, Joseph: Allgemeine Umweltsoziologie, Opladen 2001. – Klemmer, Paul /Lehr, Ulrike /Löbke, Klaus: Umweltinnovationen. Anreize und Hemmnisse, Berlin 1999. – Redclift, Michael /Woodgate, Graham (Eds): The International Handbook of Environmental Sociology, Cheltenham 1997. – Socolow, Robert /Andrews, Clinton /Berkhout, Frans /Thomas, Valerie (Eds): Industrial Ecology and Global Change, Cambridge/Mass. 1994.